

(Vizepräsident **Fräßdorf**.)

(A) sondern auch von den kleinen Bauern, von den Häuslern usw. herrühren.

(Abg. Dr. Böhme: Die sind auf den Schwindel hereingefallen!)

Ich antworte Ihnen ein anderes Mal darauf, Herr Kollege Böhme! Ich brauche Ihnen ja nicht bei dieser Gelegenheit zu sagen, wie man von Ihnen und Ihrer Agitationsweise denkt.

Nun hat der Herr Kollege Schmidt wieder gesagt, wir Sozialdemokraten stellen uns außerhalb der Verfassung, und wir dürften logischerweise gar nicht an der Gesetzgebung beteiligt sein, weil wir den Staat umstürzen wollten, weil wir eine andere Gesellschaftsordnung wollten. Nun, meine Herren, darüber mit Ihnen zu streiten, wäre müßig; darüber geht die Geschichte auch zur Tagesordnung über. Aber immerhin möchte ich eins sagen. Konsequenterweise dürften sich die Konservativen gar nicht an der Reichstagswahl beteiligen, weil sie geschworene Feinde des Reichstagswahlrechtes sind und weil die konservative Partei, sowie sie die Gelegenheit noch einmal in die Hand bekommt, das Reichstagswahlrecht zu ändern gewillt ist.

(Zurufe rechts.)

(B) Gut, den Beweis dafür werde ich Ihnen sofort erbringen. Meine Herren! Ich habe hier das sozialdemokratische Handbuch mit seinen Zitaten.

(Zurufe und Lachen rechts.)

Ja, mit seinen Zitaten aus den stenographischen Berichten des Reichstages, die Ihnen beweisen, daß die Konservativen Feinde des Reichstagswahlrechtes sind; das ist wiederholt festgestellt worden. Der „Freiberger Anzeiger“, ein konservatives Blatt, hat sich nach der Wahl —

(Zuruf rechts.)

bitte, hier, Sie können es lesen — gegen dieses Wahlrecht gewendet. Und weiter, wollen Sie leugnen, daß der Junker Oldenburg, daß der Herr v. Oldenburg einer der Ihrigen ist? Wollen Sie leugnen, daß er im Reichstage ausgeführt hat, die Verfassung müsse so gestaltet werden, daß der Kaiser sagen könne: Leutnant, nehmen Sie 10 Mann und schließen Sie den Reichstag!

(Lachen und Zurufe rechts.)

Aber, meine Herren, folgendes wird mitgeteilt und ist zweifellos von Ihnen nicht zu bestreiten. Der Herr

v. Mirbach-Sorquitten gehört jedenfalls zu Ihrer Partei. Es wird unter anderem berichtet, der Kaiser habe gestern abend unter anderen Junkern auch den Freiherrn v. Mirbach-Sorquitten dekoriert. Es war ein Graf Mirbach, der am 8. Februar 1896 im Reichstage empfahl, das geheime Wahlrecht aufzuheben; es war derselbe Graf Mirbach, der am 28. März 1895 im Herrenhause erklärte, es werde mit Jubel begrüßt werden, wenn die verbündeten Fürsten sich entschlossen, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechtes ins Leben treten zu lassen, und zwar unverzüglich. Derselbe Graf Mirbach war es, der an den Säbel, an die Gewehre, an den Staatsstreich appellierte.

Nun, meine Herren, das genügt wohl? Es ist nicht meine Art, ich lese ungern etwas vor; aber ich habe hinreichend Material, um Ihnen zu beweisen, wie Sie zu dem allgemeinen Wahlrechte stehen. Haben Sie nicht auch im Verein mit den Nationalliberalen 1887 die Legislaturperioden von 3 auf 5 Jahre verlängert? Ist das nicht gleichfalls auf Ihr Konto zu setzen?

Nun hat der Herr Kollege Schmidt ausgeführt, wer die größten Interessen am Staate habe, der müsse auch ein größeres Wahlrecht haben. Wer sagt Ihnen denn, daß der Großgrundbesitzer, daß der Besizende überhaupt ein größeres Interesse am Staate hat? Das sind nur Einbildungen! Die Arbeiter haben ein mindestens ebenso großes Interesse daran, daß die Verhältnisse im Staate so ausgestaltet werden, daß sie sich in ihm wohl fühlen können.

(Zuruf: Die sind doch international!)

Dann hat der Herr Kollege Schmidt, um zum Schlusse zu kommen, noch ausgeführt, am Sonntage dürfe nicht gewählt werden, das verstoße wider den bekannten Familiensinn. Nun, meine Herren, das scheint bei Ihnen ein Schlagwort werden zu sollen; wenn Ihnen etwas nicht paßt, wie die Erbschaftsteuer,

(Zuruf links: Sehr richtig!)

dann verstoßt das allemal gegen Ihren Familiensinn.

(Zuruf links: Ausgezeichnet!)

Dieser Familiensinn ist außerordentlich empfindlich, wenn Ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen gefährdet werden. Wenn Sie auch einmal etwas bezahlen sollen und wenn Sie befürchten müssen, daß andere Leute ohne Verlust von Arbeitslohn zur Wahl-